

Warten auf die Rückreise

Weil Menschen aus den Balkanstaaten kaum Chancen auf Asyl haben, werden sie in Bayern von anderen Flüchtlingen getrennt

Von Sebastian Stoll

Die schlimmste Zeit ist morgens um halb sechs. Oft kommen sie dann, schieben einen von den Nachbarn ab, machen Krach. Die Nachbarn machen Krach, weil sie ihre Koffer packen müssen, und die anderen Menschen auch, weil sie nun selber nicht schlafen können; meistens schreit irgendwo auch noch ein Kind. Wenn sie dann weg sind, die Polizisten und die Nachbarn, dann ist die Nacht vorbei und der Kopf leer – aber andererseits ist es auch egal: Beim Warten ist ein Kopf voller Ideen genauso wertvoll wie einer ohne jeden Gedanken. „Manchmal legen wir uns auch am Tag hin. Aber wir können nicht einschlafen vor lauter Langeweile“, sagt Ana Isofe (Name geändert).

Rund 1000 Nachbarn hat Ana Isofe. Glaubt man der Bezirksregierung von Oberbayern, dann werden es kontinuierlich weniger – denn in etwa genauso viele Menschen haben den Ort, den der Freistaat Bayern „Ankunfts- und Rückführungseinrichtung I“ (ARE I) nennt, in Richtung ihrer Heimatländer verlassen. Zwei solcher Einrichtungen betreibt das

Flüchtlingen: Statt in dezentrale Einrichtungen kommen sie direkt in die Balkanzentren. Sie werden hier gesammelt, ihr Asylantrag vor Ort bearbeitet, ebenso ein eventueller Widerspruch – und dann geht es für sie nach Hause. Das ist der Plan. „Wir senden ein klares Signal in die Herkunftsländer, dass es keinen Sinn macht, sich auf den Weg zu machen“, hat Bayerns Sozialministerin Emilia Müller (CSU) das zum Start genannt.

Wenn man sich auf dem Gelände bewegt, dann ahnt man, was sie meint: Am Wegesrand sprießt Gras, sämtliche Büsche hat man über dem Wurzelstock abgehauen. Bauzäune überall, Erdhaufen und Baracken. „Flugabwehrraketen, Gruppe 23“ steht an einer. Andere sind frisch gestrichen. Irgendwo hier gibt es eine Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, es gibt eigene Verwaltungsrichter – und eine Stelle der Zentralen Ausländerbehörde, die dafür zuständig ist, Tickets für die Heimreisen zu organisieren. Dazu muss man wissen, dass ein Asylverfahren auch dann eine langwierige Angelegenheit werden kann, wenn der Antragsteller kaum eine Chance hat – auch für kasernierte Menschen gilt der Rechtsstaat, der Widersprüche und Aufschübe kennt. Freiwillige Rückreisen dagegen gehen von jetzt auf gleich. Zwei Drittel der Menschen, die das Balkanzentrum verlassen haben, sind freiwillig ausgeweisert. So läuft es hier: Anderswo werden Kekse produziert oder Autos, hier Rückreisen.

Es ist nicht leicht hier hereinzukommen, jedenfalls dann, wenn man nicht vom Balkan stammt: Es dauert Monate, bis die Bezirksregierung von Oberbayern zu einem Pressetermin bereit ist – und bestimmte Bereiche sind dann immer noch tabu. Wie arbeitet hier die Verwaltung? Wie haben es all die Angestellten der Zentralen Ausländerbehörde geschafft, Hunderte von Menschen zur Ausreise zu überreden? Das wüsste man gerne, aber die Behördenmitarbeiter reden nicht mit der Presse. Immerhin ist Maria Els gekommen, Regierungsvizepräsidentin von Oberbayern; eine Frau, deren Sätze ein wenig an Edmundo Stoiber erinnern. „Wir bezwecken eine schnelle Durchführung der Verfahren. Denn wir wollen Kapazitäten haben für Asylbewerber, bei denen die Wahrscheinlichkeit der politischen



Die Rückführungseinrichtung für Flüchtlinge vom Balkan in Manching bei Ingolstadt

FOTO: DPA

Verfolgung höher ist oder die vor einem Bürgerkrieg geflüchtet sind.“

Das ist das eine Ziel der Balkanzentren, es gibt noch ein weiteres. „Wir sind bemüht, die Aufenthaltsqualität zu verbessern“, sagt Els und zählt dann auf: Bald soll man hier Sport machen können, eine Teestube sei geplant, vielleicht erweitere die Caritas ihr Betreuungsangebot. Zudem gingen die Kinder in die Schule. Mathe, Sachkunde, Englisch, Kunst, Musik, all das werde vermittelt. Frau Els, was ist mit dem Fach Deutsch? „Das Ziel ist, die Kinder weiterzubringen. Sie sollen einen Nutzen haben, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren.“ Also kein Deutsch.

Oder vielleicht auch keine Schule: „In den letzten Wochen ist der Unterricht immer ausgefallen. Warum, das hat man mir nicht gesagt.“ Ana Isofe lebt seit dem Frühherbst im Balkanzentrum. Mit ihrem Mann und ihren drei Kindern bewohnt die junge Frau ein paar Quadratmeter in einer der Baracken. Wenn man Ana Isofe fragt, wie das Leben im Balkanzentrum verläuft – erhält man als Erstes eine Aufzählung des Mangels. Es gibt keine Bettwäsche, sondern nur Tücher aus Fleece. Radios im Zimmer sind nicht erlaubt. Wasserkocher im Zimmer sind nicht erlaubt. Freizeitangebote? Keine. In der Kantine: Plastikbesteck, Trinkwasser darf den Raum nicht verlassen und: Salami, Salami, Salami. Jeden Abend.

Es ist nicht so, dass man Ana Isofe zuhört und denkt: unmenschlich. Tatsächlich kann man ja alles begründen: Angesichts der alten Stromleitungen besteht in den Zimmern Brandgefahr. Und was ist, wenn Dutzende aufgebrauchte Menschen plötzlich mit Metallbesteck aufeinander losgehen? Es ist eine Welt voller Regeln und Rituale, von der Ana Isofe erzählt. „Das hier ist ein riesiges Gefängnis, aus dem man ein- und ausgehen kann“, sagt

men. „Das hat man hier häufiger.“ Oft hat sie jemanden im Büro sitzen, der auf Nachfrage einräumt, er sei bei seiner Rückkehr in Gefahr. „Man kann das nicht pauschal über den Kosovo sagen, aber es gibt immer wieder Menschen, die von Blutrache, Familienfehden oder sexueller Gewalt und Ausbeutung betroffen sind. Und die Leute werden nach ihrer Rückkehr gefunden, denn es ist kein besonders großes Land und es gibt enge gesellschaftliche Netzwerke.“ Politische Verfolgung ist all das nicht. Auch im Kosovo gibt es eine Polizei, an die man sich wenden könnte – ob diese helfen kann, muss man in einem Land mit wenig ausgeprägten staatlichen Strukturen dann selbst herausfinden. „Den Leuten ist größtenteils klar, dass sie keine Chance auf Asyl haben. Das spricht sich hier auch wahnsinnig schnell herum.“

Und doch gibt es eine Lösung: Sie heißt „Ausländerbehörde“ und ist in den Gesprächen der Menschen ganz alltäglich geworden. „Das höre ich oft. Wenn einer es nicht mehr aushält, dann sagt er: Mir reicht es, ich gehe zur Ausländerbehörde.“ Wer das macht, ist ganz schnell draußen aus dem Nichts. Hat sofort Tickets und kann in sein Heimatland.

Die Bewohner sollen nicht heimisch werden

Ana Isofe ist Kosovarin oder Westfälin, je nach Blickwinkel: Geboren ist sie in Bielefeld, aufgewachsen in Münster, erst als sie zwölf war, lernte sie jenes Land kennen, das ihre Heimat sein sollte – und musste bleiben, der Bürgerkrieg war vorbei und die Familie wurde ausgewiesen. Sie heiratete früh, ihr Mann hielt die Familie über Wasser, indem er Getränke preiswert in Serbien ein- und teurer im Kosovo weiterverkaufte. Bis er deswegen von lokalen Mafiosi bedroht und zusammengeschlagen wurde. Jetzt, wo sie 27 ist, ist sie deswegen wieder hier. Man kann es ihr glauben, dass sie nicht zurück kann oder es sein lassen. Was man aber sagen kann, ist, dass Asylanträge von Menschen aus dem Kosovo heute nur noch in Ausnahmefällen bewilligt werden. Und dass Menschen, deren Antrag abgelehnt wurde, eine Einreisesperre in die EU erhalten. Wer freiwillig geht, nicht.

Wenn es einer nicht mehr aushält, dann kommt er oft zu Mona Meilinger ins Büro: Sie und ihre Kollegen der Caritas beraten die Bewohner in ihren Asylverfahren und bei psychosozialen Proble-

men. „Das hat man hier häufiger.“ Oft hat sie jemanden im Büro sitzen, der auf Nachfrage einräumt, er sei bei seiner Rückkehr in Gefahr. „Man kann das nicht pauschal über den Kosovo sagen, aber es gibt immer wieder Menschen, die von Blutrache, Familienfehden oder sexueller Gewalt und Ausbeutung betroffen sind. Und die Leute werden nach ihrer Rückkehr gefunden, denn es ist kein besonders großes Land und es gibt enge gesellschaftliche Netzwerke.“ Politische Verfolgung ist all das nicht. Auch im Kosovo gibt es eine Polizei, an die man sich wenden könnte – ob diese helfen kann, muss man in einem Land mit wenig ausgeprägten staatlichen Strukturen dann selbst herausfinden. „Den Leuten ist größtenteils klar, dass sie keine Chance auf Asyl haben. Das spricht sich hier auch wahnsinnig schnell herum.“

Es ist ein kleines Büro, in dem Mona Meilinger arbeitet. Mit zwei Kollegen teilt sie sich hier anderthalb Stellen. Derzeit ist nicht mal sicher, dass es in einigen Monaten überhaupt noch das Büro gibt. Woran das liegt, ist kaum aus den Leuten herauszubekommen. Ein Kollege sagt immerhin: „Das hier ist geschaffen, die Leute möglichst schnell wieder in ihre Heimat zu bekommen. Und das spiegelt sich in der Unterbringung.“

Nur Ana Isofe hat das noch nicht so verstanden. Sie und ihr Mann haben sich einen Anwalt genommen. Er sehe gute Chancen, dass sie bleiben können, sagt sie. „Der Mann hat sich gewundert, dass wir überhaupt hierher geschickt worden sind.“ Und wenn er unrecht hat? Was ist, wenn der einzige Weg aus dem Balkanzentrum in den Kosovo führt? „Dort können wir nicht bleiben. Das geht einfach nicht. Wir müssen es dann in einem anderen Land probieren.“ Irgendwo anders, in einem Kontinent voller Zäune.



Das Schild weist in der Einrichtung in Manching die Essenszeiten aus.

FOTO: DPA

Land, eine in Manching bei Ingolstadt, aufgeteilt auf drei Standorte, eine weitere in Bamberg in Oberfranken (ARE II). Aber ARE I und ARE II, das sind Begriffe, die außerhalb der Bürokratie eigentlich kein Mensch verwendet. Wer hierherkommt, der betritt das „Balkanzentrum“.

Weil Migranten aus Balkanstaaten fast ausschließlich solche sind, die das Prädikat „geringe Bleibeperspektive“ tragen, beschloss die Bayerische Landesregierung im vergangenen Spätsommer, mit ihnen anders umzugehen als mit anderen

Land, eine in Manching bei Ingolstadt, aufgeteilt auf drei Standorte, eine weitere in Bamberg in Oberfranken (ARE II). Aber ARE I und ARE II, das sind Begriffe, die außerhalb der Bürokratie eigentlich kein Mensch verwendet. Wer hierherkommt, der betritt das „Balkanzentrum“.

Priester unter Glücksrittern

Ein katholischer Pfarrer aus der Schweiz kämpft im peruanischen Amazonasgebiet für würdige Lebensbedingungen, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz

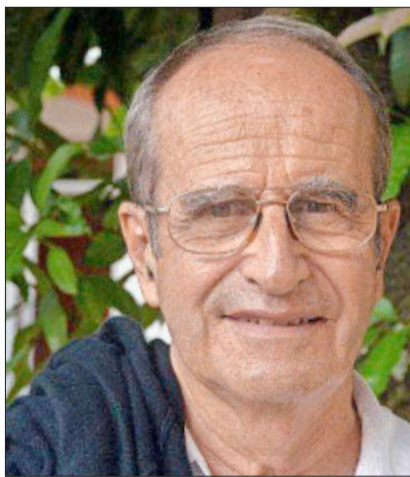
Von Sandra Weiss

„Harmonie zwischen Mensch, Produktion und Umwelt“ lautet das zweiseitige Dokument aus dem Jahr 1996 über die Situation in der peruanischen Amazonasprovinz Madre de Dios. Hätten die Behörden die Ratschläge befolgt, die Xavier Arbex ihnen darin gab, wäre der Priester aus Genf heute vermutlich weder Besitzer einer Eisdiele noch Vater dreier Kinder.

Viel mehr als Goldsucher und ein paar Holzfäller gab es nicht, als er 1985 nach Puerto Maldonado kam. Die heutige Provinzhauptstadt war ein Dschungelkaff mit weniger als 20 000 Einwohnern, ohne asphaltierte Straßen, ohne Bürgermeister, ohne Telefon. Nicht immer gab es Strom, an die Außenwelt angebunden war sie nur per Boot und per Kleinflugzeug. Ein Paradies war die Gegend damals nicht, wie Arbex rasch feststellte. Glücksritter hatten begonnen, in den Flussstälern nach Gold zu suchen. Arme Schlucker, vom

Bürgerkrieg und von Missernten vertrieben aus dem Andenhochland. Sie fanden viel: 20 Tonnen pro Jahr. Vom Geschäft profitierten Händler, Firmen, korrupte Politiker und Funktionäre. Einige wenige wurden reich, kauften Lkw, Vorderlader, Baggerschiffe, um Gold zu fördern. Das Quecksilber verseuchte die Flüsse. Goldgräbersiedlungen schossen aus dem Boden, schwollen ohne jegliche Infrastruktur auf 500, 1000, ja bis zu 5000 Menschen an. Mitten im Dschungel entstanden Bars, Bordelle, Supermärkte und Tankstellen aus Holz und Plastikplanen.

Eine Weile schaute Arbex zu, dann verfasste er seinen Bericht: „Das schnelle Geld ist eine Katastrophe“, konstatiert er. „Die größte Bedrohung für die Umwelt ist die Armut. Wenn die Natur nicht respektiert wird, trägt sie keine Früchte, und die Menschen bleiben arm. Wenn das Land nicht gerecht verteilt ist, kann es kein harmonisches Zusammenleben geben, und die Folge ist Zerstörung.“ So etwas Ähnliches schrieb vor Kurzem Papst Franziskus



Pfarrer Xavier Arbex

FOTO: WEISS

in der Enzyklika „Laudato si“. Doch damals war Johannes Paul II. Papst. Leute wie Arbex galten als verdächtige Linksabweichler. Arbex ging es aber nicht um Ideologie, sondern um Lösungen. Er schlug einen Raumordnungsplan vor. Auf

einer Karte war umrissen, wo aufgrund der geografischen und biologischen Gegebenheiten maschineller Goldabbau, Erdölförderung und Holzindustrie möglich sind, wo nur manueller Abbau erlaubt ist, wo kleinbäuerliche Landwirtschaft möglich ist, welche Zonen unter Naturschutz gestellt werden müssen.

„Mich schockierte vor allem die Ausbeutung der Kinder“, erzählt der Befreiungstheologe. Viele arbeiteten von klein auf. „Sie wurden regelrecht versklavt.“ Jungs halfen beim Goldschürfen, die Mädchen kochten, putzten oder wurden zur Prostitution gezwungen. Es gab viele Waisen und Straßenkinder. Weil sich niemand um sie kümmerte, baute Arbex, unterstützt von einer begüterten Belgierin und Spendern aus der Schweiz, in Puerto Maldonado ein Kinderheim – und weil er praktisch veranlagt ist, auch eine Eisdiele und ein Papierwarengeschäft. „Damit die Kinder etwas lernen und andere Möglichkeiten zum Geldverdienen haben.“ Vor allem die Eisdiele „Los gustitos del cura“

(Die Leckereien des Priesters) erwies sich als Renner. Die Angestellten sind vor allem alleinerziehende Mütter, 50 Prozent der Gewinne fließen ins Kinderheim. 240 Kinder hat der Pädagoge in 20 Jahren betreut. Viele nennen ihn „Papa“, nicht mit all zu einfach. „Hier ist die Erziehung militärisch, ich gehe eher nach liberalen Prinzipien vor, das ist manchmal schwierig“, erzählt der 73-jährige.

Adoptiert hat er drei Geschwister, die zu seinen Schützlingen zählten. „In der Goldgräberstadt Huaypetue machte mich der Lehrer auf sie aufmerksam. Die Mutter hatte sie verlassen, und die 14-jährige verkaufte Sandwiches, um die beiden Brüder durchzubringen.“ Heute ist sie Anwältin, ein Bruder bohrt Brunnen, der zweite ist Journalist, und Arbex hat neun Enkel. Und seine Vorschläge von damals? „Das ist ein großer Frust“, räumt er ein. Fünf Präsidenten sind seither ins Land gegangen, sie brachten zwar einiges an Infrastruktur, doch die Umweltzerstörung in Madre de Dios schreitet weiter voran.